

Kinderschutz und Beratung



Empfehlungen zur
Umsetzung des Schutzauftrages
nach § 8a SGB VIII

Materialien zur Beratung
Band 13

Kinderschutz und Beratung

Empfehlungen zur Umsetzung des
Schutzauftrages nach § 8a SGB VIII

Gefördert vom
Bundesministerium
für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

© 2006 Bundeskonferenz
für Erziehungsberatung e.V.

Herrnstr. 53
90763 Fürth
Tel (09 11) 9 77 14 0
Fax (09 11) 74 54 97
E-Mail: bke@bke.de
www.bke.de



Inhaltsverzeichnis

7	Vorwort	25	Information der Personensorgeberechtigten/Erziehungsberechtigten über den Schutzauftrag der Erziehungsberatungsstelle
9	Umsetzung des Schutzauftrages nach § 8a SGB VIII		Online-Beratung
	Die gesetzliche Grundlage	26	Erziehungsberatung in kommunaler Trägerschaft
12	Die Abschätzung des Gefährdungsrisikos durch die Erziehungsberatung	27	Persönliche Eignung der Fachkraft
13	Zusammenarbeit im multizisziplinären Team (Intervision)	29	Literatur
14	Mögliche Konstellationen in der Erziehungsberatung	31	Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben des Kindesschutzes nach § 8a Abs. 2 SGB VIII
15	Der zu sichernde Umgang mit einem Gefährdungsrisiko in der Erziehungsberatung		<i>Strukturqualität</i>
17	Zusammenarbeit der Erziehungs- und Familienberatung mit anderen Diensten und Einrichtungen	32	<i>Prozessqualität</i>
18	<i>Eine erfahrene Fachkraft für andere Dienste und Einrichtungen zur Verfügung stellen</i>	33	<i>Ergebnisqualität</i>
	<i>Beteiligung bei der Hilfeplanung für eine weiterführende HzE</i>	34	<i>Fachdienstliche Aufgaben</i>
	<i>Mitwirkung an der Beurteilung für das Familiengericht</i>		<i>Datenschutz</i>
19	<i>Hinzuziehen einer erfahrenen Fachkraft aus einer anderen Einrichtung/einem anderen Dienst</i>	35	<i>Information Rat Suchender über den Schutzauftrag der Beratungsstelle</i>
20	Erfahrungen und Kompetenzen der Erziehungsberatung	36	Gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Kindeswohls
	Datenschutz und Kindesschutz		<i>Risikoeinschätzung in Erziehungsberatungsstelle</i>
			<i>Kindeswohlgefährdungen</i>
		37	<i>Gewichtige Anhaltspunkte</i>
		39	<i>Risikoabschätzung</i>
		41	Literatur

Vorwort

In den zurückliegenden Jahren hat sich in der Jugendhilfe eine intensive Fachdiskussion zur angemessenen Wahrnehmung des Schutzauftrages gegenüber Kindern und Jugendlichen (§ 1 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII) entfaltet. Anlass waren spektakuläre Fälle von Kindeswohlgefährdungen, die tödlich geendet hatten. Dies warf die Frage nach der „Garantenstellung“ von Fachkräften auf. Im „Saarbrücker Memorandum“ sind dabei zu beachtende fachliche und rechtliche Fragen systematisch erörtert und gesetzliche Änderungen vorgeschlagen worden. Die Novellierung des SGB VIII durch das Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz (KICK) zum 1. Oktober 2005 hat dies zum Anlass genommen, den Kinderschutz detaillierter als bisher zu regeln. Dabei ist es ein zentrales Anliegen, den Schutz des Wohls von Kindern und Jugendlichen nicht nur als Aufgabe des Jugendamtes als des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe zu sehen, sondern auch das Potential der Kinder- und Jugendhilfe in den Einrichtungen und Diensten frühzeitig zu nutzen.

Der in § 8a SGB VIII vertiefend geregelte Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung ist daher auch von den Erziehungs- und Familienberatungsstellen wahrzunehmen. Dies wirft für die Fachkräfte unter anderem die Frage auf, wie die Pflicht, ggf. das Jugendamt über eine Kindeswohlgefährdung zu informieren (§ 8a Abs. 2 SGB VIII), mit dem Schutz des Privatgeheimnisses nach § 203 Abs. 1 Nr. 4 StGB vereinbart werden kann. Die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung gibt in den vorliegenden Empfehlungen zu Kinderschutz und Beratung detaillierte Hinweise zur Umsetzung des Schutzauftrages in der Praxis der Beratungsstellen und legt Textbausteine für die notwendigen Vereinbarungen zwischen Jugendamt und Trägern der freien Jugendhilfe vor. Darüber hinaus werden die „gewichtigen Anhaltspunkte“, die auf eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen hinweisen können, für die Praxis der Erziehungsberatung operationalisiert.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat die Umsetzung des § 8a SGB VIII durch ein Projekt *Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung*, das vom Institut für Soziale Arbeit (ISA), Münster, durchgeführt wird, unterstützt. Das ISA erarbeitet zur Zeit eine Handreichung zum Thema, die die verschiedenen Praxisfelder der Kinder- und Jugendhilfe berücksichtigt. Die hier vorgelegten Empfehlungen basieren auf einer Expertise, die für das Projekt des ISA gefertigt worden ist. Diese Handreichung ebenso wie die ihr zugrunde liegenden Expertisen werden auf der Website www.kinderschutz.de veröffentlicht.

Die Empfehlungen der *bke* zu Kinderschutz und Beratung verdeutlichen,

dass der präzisierte Schutzauftrag nach § 8a SGB VIII mit dem fachlichen Selbstverständnis der Erziehungs- und Familienberatung gut vereinbart werden kann. Erziehungs- und Familienberatungsstellen können zur Abwendung einer vorliegenden oder drohenden Kindeswohlgefährdung durch Beratung, Therapie und Arbeit im sozialen Umfeld der Familie beitragen. Darüber hinaus ermöglicht die präventive Orientierung der Erziehungsberatung, bereits im Vorfeld solcher Zuspitzungen die Erziehungsfähigkeit von Eltern zu stärken.

Klaus Menne

Umsetzung des Schutzauftrages nach § 8a SGB VIII

Durch das Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz ist der Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe, der bisher in § 50 Abs. 3 SGB VIII formuliert war, präzisiert worden. Dabei wurden zugleich auch die Fachkräfte der freien Jugendhilfe – auf dem Wege der Vereinbarung mit dem örtlichen Jugendamt – in die Aufgabe des Kindesschutzes einbezogen. Hintergrund dieser Regelung ist die Debatte über eine Garantenstellung von Fachkräften der Jugendhilfe, die durch einige spektakuläre tödlich geendete Fälle ausgelöst worden ist.

Die gesetzliche Grundlage

Der Schutzauftrag richtet sich gesetzlich an das Jugendamt. Die Absätze 1, 3 und 4 von § 8a SGB VIII formulieren die Aufgaben, die das Jugendamt künftig zu erfüllen hat. Abs. 2 auferlegt dem Jugendamt, mit Trägern der freien Jugendhilfe Vereinbarungen zu schließen, wie der Schutzauftrag durch ihre Fachkräfte wahrgenommen werden soll. Dabei konkretisiert schon der Gesetzestext, dass der Schutzauftrag von der freien Jugendhilfe zwar *in entsprechender Weise*, nicht aber in identischer Form wahrgenommen werden soll.

Damit sind für das Jugendamt zwei Konditionalprogramme bestimmt:

- Wenn gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen vorliegen, dann erfolgt eine Risikoabschätzung.
- Wenn zur Abwendung der Gefährdung eine Hilfe „geeignet und notwendig“ erscheint, dann wird diese Hilfe angeboten.

§ 8a Abs. 1 SGB VIII

Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte abzuschätzen. Dabei sind die Personensorgeberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche einzubeziehen, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird. Hält das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von Hilfen für geeignet und notwendig, so hat es diese den Personensorgeberechtigten oder den Erziehungsberechtigten anzubieten.

Die Einbeziehung der Personensorgeberechtigten bzw. der betroffenen Minderjährigen stellt kein eigenes Programm dar, sondern ergänzt als differenzierende Bedingung das erste Konditionalprogramm.

Während der öffentliche Träger immer dann, wenn gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt werden, tätig werden muss, ist für den freien Träger die Leistungserbringung Voraussetzung des hier gewollten Vertragsabschlusses und damit auch der Wahrnehmung des Schutzauftrages: § 8a Abs. 2 stellt eine „entsprechende“

§ 8a Abs. 2 SGB VIII

In Vereinbarungen mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach diesem Buch erbringen, ist sicherzustellen, dass deren Fachkräfte den Schutzauftrag nach Absatz 1 in entsprechender Weise wahrnehmen und bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos eine insoweit erfahrene Fachkraft hinzuziehen. Insbesondere ist die Verpflichtung aufzunehmen, dass die Fachkräfte bei den Personensorgeberechtigten oder den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, wenn sie diese für erforderlich halten, und das Jugendamt informieren, falls die angenommenen Hilfen nicht ausreichend erscheinen, um die Gefährdung abzuwenden.

Wahrnehmung des Kindesschutzes *bei Gelegenheit der Leistungserbringung* durch den Träger der freien Jugendhilfe sicher¹.

Wenn in Bezug auf Träger der freien Jugendhilfe konkretisiert wird, bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos „eine insoweit erfahrene Fachkraft“ hinzuzuziehen, dann wird damit unterstellt, dass das Jugendamt immer über Fachkräfte verfügt, die mit Themen der Kindeswohlgefährdung vertraut sind, während Fachkräfte des freien Trägers – je nach Leistungsbereich – möglicherweise nur im Ausnahmefall mit Kindeswohlgefährdungen befasst sind und dann eine „insoweit erfahrene Fachkraft“ hinzuziehen sollen.

Es ist davon auszugehen, dass der Gesetzgeber in § 8a Abs. 2 Satz 2 in zwei *unterschiedlichen* Bedeutungen von Hilfen spricht. Im ersten Halbsatz werden die anzuregenden *künftigen* „Hilfen“ in den Blick genommen; im zweiten Halbsatz dagegen die zum Zeitpunkt der Gefährdungsabschätzung

¹ Der Gesetzgeber hat übersehen, dass gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung bei einem freien Träger auch im Kontext einer Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII), also einer „anderen Aufgabe“ bekannt werden können, wenn diese Aufgabe ihm entsprechend § 76 Abs. 1 SGB VIII übertragen worden ist.

bereits „angenommenen“ Hilfen, nämlich diejenigen *Leistungen*, bei deren Erbringung die Fachkraft des Trägers der freien Jugendhilfe gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung wahrgenommen hat.

Ferner ist berücksichtigt, dass der freie Träger nicht selbst über die Gewährung „geeignet(er) und notwendig(er)“ Hilfen entscheiden und sie damit auch nicht wirksam „anbieten“ kann. Deshalb erhält das Programm die Konkretisierung, dass der freie Träger gegenüber den Personensorgeberechtigten bzw. den Erziehungsberechtigten „auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken“ soll. Der Fachkraft des Trägers der freien Jugendhilfe wird damit eine Motivationsarbeit auferlegt. Diese Motivationsarbeit bleibt notwendigerweise noch allgemein: Die Bereitschaft zur Inanspruchnahme „von Hilfen“, welcher auch immer, soll gestärkt werden. Das Jugendamt dagegen hat, wenn es Hilfen zur Abwehr der Gefährdung für geeignet und notwendig ansieht, „diese“, nämlich die im Einzelfall geeignete Hilfe „anzubieten“.

Für den Träger der freien Jugendhilfe erhalten die beiden Konditionalprogramme damit die Form:

- Wenn gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung eines Kindes (das sich bereits in einer vom freien Träger erbrachten Leistung befindet), vorliegen, dann erfolgt eine Risikoabschätzung im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte. Dabei ist ggf. eine insoweit erfahrene Fachkraft einzubeziehen.
- Wenn zur Abwendung der Gefährdung eine Hilfe erforderlich erscheint, dann wird (grundsätzlich) auf die Bereitschaft der Personensorgeberechtigten zur Inanspruchnahme von Hilfen motivierend hingewirkt.

§ 8a Abs. 2 Satz 2, letzter Halbsatz, geht über die dem Jugendamt gestellten Aufgaben hinaus und normiert für die Träger der freien Jugendhilfe ein drittes Konditionalprogramm: Wenn die „angenommenen Hilfen“ nicht ausreichend erscheinen, um die Gefährdung abzuwenden, dann wird das Jugendamt informiert. Gerade dieses zusätzliche Konditionalprogramm erfordert zu seiner widerspruchsfreien Auslegung die Eingangsvoraussetzung, dass die Fachkraft des freien Trägers nicht allgemein ihr wo und wie immer bekannt werdende „gewichtige Anhaltspunkte“ auf ein Gefährdungsrisiko hin prüft, sondern nur solche Risiken, die ihr bei der Leistungserbringung selbst bekannt werden.

Das dritte Konditionalprogramm für die Fachkraft des freien Trägers lautet also:

- Wenn die Leistung, bei deren Erbringung gewichtige Anhaltspunkte für

eine Gefährdung bekannt geworden sind, nicht ausreichend erscheint, dann wird das Jugendamt informiert.

Die Fachkräfte der Erziehungs- und Familienberatung in öffentlicher wie in freier Trägerschaft haben künftig im Rahmen ihrer Tätigkeit auch die Aufgabe des Kinderschutzes wahrzunehmen. Dies ist kein grundsätzlich neuer Auftrag (vgl. § 1 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII; bke 1995, S. 20). Die vorliegenden Hinweise arbeiten daher die Veränderungen heraus, die sich durch die gesetzliche Neufassung ergeben, und zeigen auf, wie Erziehungsberatungsstellen dem gesetzlichen Auftrag entsprechen können.

Die Abschätzung des Gefährdungsrisikos durch die Erziehungsberatung

Eine zentrale Neuerung, die durch § 8a SGB VIII eingeführt worden ist, besteht darin, dass eine mögliche Gefährdung eines Kindes oder Jugendlichen nicht mehr durch eine einzelne Fachkraft beurteilt werden soll. Stattdessen ist das Gefährdungsrisiko „im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte“ abzuschätzen.

Für Erziehungs- und Familienberatung schreibt bereits die Leistungsnorm § 28 SGB VIII in Satz 2 das „Zusammenwirken der Fachkräfte unterschiedlicher Fachrichtungen“ vor. Dieser Grundsatz ist für Erziehungsberatung konstitutiv. Zwar muss nicht jede Beratung innerhalb des Teams besprochen werden, aber „es muss ... gewährleistet sein, dass das Team tätig wird, wenn es darauf ankommt“ (Jans; Happe; Saubier; Maas 2005, § 28 Rn 34; vgl. auch Wiesner 2000, § 28 Rn 14f.; Münder u.a. 2003, § 28 Rn 7).

Die im Deutschen Arbeitskreis für Jugend- Ehe- und Familienberatung (DAKJEF) zusammengeschlossenen Verbände haben in den *Grundsätzen fachlichen Handelns in der Institutionellen Beratung* (DAKJEF 2003) dazu festgestellt:

Zusammenarbeit im multidisziplinären Team (Intervision)

- Die Beraterin bzw. der Berater nimmt regelmäßig an den Fallbesprechungen im multidisziplinären Fachteam der Beratungsstelle teil und gestaltet sie aktiv mit.
- Die Beraterin bzw. der Berater nutzt das Team zur ständigen Reflexion

und ggf. Korrektur der fachlichen Arbeit. Die Beratungsfachkraft berichtet dort regelmäßig über die Arbeit.

- Wenn die Beraterin bzw. der Berater sich selbst in der Problemsituation des Rat Suchenden befindet (z.B. aktuelle Scheidungssituation), klärt sie/er vor Übernahme einer Beratung, ob sie/er ihr gewachsen ist.
- Die Beraterin bzw. der Berater stellt innerhalb eines Jahres mindestens je zwei Beratungen
 - nach dem Erstgespräch
 - die (nach ihrer Einschätzung) erfolgreich verlaufen
 - die (nach ihrer Einschätzung) schwierig verlaufen bzw. abgebrochen wurden im multidisziplinären Fachteam vor. Darüber hinaus stellt die Beratungsfachkraft alle besonders schwierigen Beratungen (Hervorhebung bke) vor. Dazu zählen z.B. angekündigter Suizid, sexueller Missbrauch, Gewaltandrohung, Missachtung des professionellen Rahmens.
- Die Beraterin bzw. der Berater nimmt die Empfehlungen der Fallbesprechung im Team in eigener fachlicher Verantwortung bei der Fortführung der Beratung auf.
- Die Beraterin bzw. der Berater hält die Empfehlungen des multidisziplinären Fachteams in der Beratungsdokumentation fest.
- Wenn die Beraterin bzw. der Berater die Empfehlungen nicht aufnehmen kann, spricht sie/er dies im Team wieder an (a.a.O., S. 12f.).

Es entspricht also den Grundsätzen fachlichen Handelns in der Erziehungs- und Familienberatung, alle Beratungen, die im Kontext von Gefährdungen des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen durchgeführt werden, im Team der Beratungsstelle vorzustellen und im Zusammenwirken der Fachkräfte zu besprechen. Damit befinden sich Erziehungs- und Familienberatungsstellen grundsätzlich in der Situation, den Schutzauftrag nach § 8a SGB VIII mit den ihnen zur Verfügung stehenden Fachkräften wahrnehmen zu können.

Die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung fordert die Beratungseinrichtungen aus Anlass der Novellierung des SGB VIII auf, zu prüfen, ob dieser geteilte und anerkannte Grundsatz auch immer im erforderlichen Ausmaß realisiert wird². In Fällen, in denen die Besprechung einer Beratungskonstellation innerhalb des Fachteams der Beratungsstelle nicht ausreicht und die Beraterin oder der Berater die erforderliche professionelle Distanz zu den Rat suchenden Personen nicht (mehr) aufrecht erhalten kann, ist es notwendig, ggf. auch eine externe Supervision in Anspruch zu nehmen. Die Grundsätze fachlichen Handelns in der Institutionellen Beratung des Deutschen Arbeitskreises für Jugend-, Ehe- und Familienberatung (DAKJEF) heben daher – neben einer Verpflichtung zu regelmäßiger Supervision – hervor:

- „Die Beraterin bzw. der Berater stellt insbesondere kritische Beratungssituationen und besonders schwierig verlaufende Fälle in der Supervision vor“ (DAKJEF 2003, S. 13).

Zu den besonders schwierigen Beratungen zählen alle Fälle, in denen das Wohl des Kindes oder Jugendlichen gefährdet ist. Die Träger von Erziehungs- und Familienberatungsstellen sind daher gehalten, für ihre Fachkräfte im erforderlichen Umfang Supervision zur Verfügung zu stellen.

Mögliche Konstellationen in der Erziehungsberatung

Kindeswohlgefährdungen können im Kontext der Erziehungsberatung in unterschiedlichen Konstellationen bekannt werden:

- *Sie können während einer Beratung bekannt werden und die beratenen Personen betreffen.*
Wenn die Beratung für die bestehende Problemlage geeignet ist und von den Betroffenen in Anspruch genommen wird, kann sie solange fortgesetzt werden, wie Beratung die ausreichende Hilfe darstellt. Wenn allerdings eine Beratung in einer Gefährdungssituation abgebrochen wird oder durch die Beratung das Wohl des Kindes oder Jugendlichen nicht sichergestellt werden kann, so muss eine Klärung des Gefährdungsrisikos des betroffenen jungen Menschen erfolgen.
- *Sie können während einer Beratung bekannt werden und Dritte betreffen.*
In Beratungszusammenhängen kommt es vor, dass nicht nur über das eigene Kind gesprochen, sondern auch die Sorge über ein anderes Kind ausgedrückt wird. Dies ist methodisch zunächst als eine Äußerung über die berichtende Person selbst zu betrachten und wird in aller Regel keine Recherche in der Realität veranlassen.
- *Sie können bei Gelegenheit präventiver einzelfallübergreifender Veranstaltungen bekannt werden.*
Erziehungsberatungsstellen erreichen im Jahr durchschnittlich ca. 200.000 Personen durch Vorträge, Seminare oder Projekte (Liebenow 2006). Im Kontext solcher Veranstaltungen kann im Einzelfall auch eine Gefährdungssituation eines Minderjährigen bekannt werden. Dies wird zumeist

die Form einer hypothetisch gestellten Frage oder des Sprechens über Dritte haben, ohne dass tatsächlich ein Kind identifiziert werden kann. In einer solchen Situation lässt sich allenfalls eine abstrakte Gefährdungshypothese aufstellen, die aber nicht mehr geprüft werden kann. Es mangelt an einer hinreichenden Konkretisierung. Deshalb ergibt sich auch keine Handlungspflicht nach § 8a SGB VIII. Die Aufgabe einer Beratungsfachkraft ist es in einer solchen Situation, auf die angesprochene Problemstellung in einer solchen Weise einzugehen, dass eine Person, die mögliche Gefährdungssituationen thematisiert, Zutrauen fasst, sich ggf. zu einem späteren Zeitpunkt an die Beratungsfachkraft zu wenden oder die dritte Person, über die berichtet worden ist, zu einem Beratungsgespräch motiviert. Dies wird um so eher möglich sein, als durch die Präsentation der Beratungsfachkraft deutlich geworden ist, dass sie auf die Vertraulichkeit des Gespräches, das zu führen sie sich entscheiden muss, setzen kann.

- *Sie können bei anderer Gelegenheit bekannt werden.*
Außerhalb der Leistungserbringung obliegen den Fachkräften der Erziehungsberatung keine Handlungspflichten. Eine Anzeigepflicht für Kindeswohlgefährdungen hat der Deutsche Bundestag zwar erörtert, aber nicht beschlossen. Anderes kann allenfalls gelten in Fällen, deren Nichtanzeige nach § 138 StGB mit Strafe bedroht ist (z.B. Vorbereitung eines Angriffskrieges, Hochverrat, Mord, Totschlag, Menschenhandel, gemeingefährliche Straftaten wie etwa Brandstiftung).

Der zu sichernde Umgang mit einem Gefährdungsrisiko in der Erziehungsberatung

Wenn sich in der Erziehungsberatung im Erstgespräch oder im Verlauf einer Beratung gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Wohl eines Kindes oder Jugendlichen durch z.B. Anzeichen für Kindesmisshandlung oder für sexuellen Missbrauch ergeben, ist die Fallkonstellation nach den Grundsätzen *fachlichen Handelns* im multidisziplinären Team der Beratungsstelle zu besprechen und das Risiko der Gefährdung abzuschätzen. Auch hier sind unterschiedliche Konstellationen zu unterscheiden:

- *Beratung wird erbracht und reicht zur Sicherung des Kindeswohls aus.*
Erscheint eine Unterstützung des Kindes/Jugendlichen oder seiner Familie durch Beratung oder Therapie ausreichend, um die Gefahr für das

Kindeswohl abzuwenden und ist die Familie bzw. der/die betroffene Minderjährige zur Inanspruchnahme der Beratung bereit, dann bestehen keine weiteren Handlungsnotwendigkeiten (bke 1992, S. 41).

- *Beratung wird erbracht, reicht aber nicht aus.*
Wird für den/die Minderjährige zwar bereits eine Unterstützung durch Beratung oder Therapie geleistet und ist der Schutz des Kindes trotz der Hilfe mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht sicherzustellen, dann hat die Beratungsfachkraft fachlich die Verpflichtung zur Offenbarung der ihr anvertrauten Privatgeheimnisse (bke 1992, S. 41). (Zur rechtlichen Qualifizierung vgl. weiter unten.) Erster Adressat für eine Offenbarung ist das Jugendamt; je nach Konstellation auch das Familiengericht oder die Polizei (a.a.O., S. 44ff.). Immer dann, wenn die Leistung Erziehungsberatung für ein Kind oder eine(n) Jugendliche(n) nicht ausreicht und eine andere Hilfe zur Erziehung als besser geeignet erscheint oder ergänzend zu einer begonnenen Beratung geleistet werden sollte, ist die Beratungsfachkraft gehalten, dies mit dem/den Rat Suchenden zu besprechen und auf eine Kontaktaufnahme zum Jugendamt hinzuwirken. Die Beratungsfachkraft steht dabei für die weitere Klärung der erforderlichen Unterstützung im Rahmen der Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII zur Verfügung (bke 1994, S. 167).
- *Eine Bereitschaft zur Annahme von notwendigen Unterstützungen besteht bei der Familie nicht.*
Wenn die von der Erziehungsberatung leistbare Hilfe zum Schutz des Kindes nicht ausreicht, aber eine Bereitschaft zur Inanspruchnahme alternativer Hilfen nicht geweckt werden kann, dann ist die Beratungsfachkraft gehalten, zum Schutz des Kindeswohls anvertraute Privatgeheimnisse zu offenbaren. Erster Adressat dieser Offenbarung ist das Jugendamt (bke 1992, S. 46). Von einer mangelnden Bereitschaft zur Annahme notwendiger Unterstützungen ist auch auszugehen, wenn bei Vorliegen gewichtiger Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen eine bereits begonnene Beratung abgebrochen wird.

Wenn heute über § 8a Abs. 2 SGB VIII Fachkräfte der Erziehungs- und Familienberatung, die in freier Trägerschaft tätig sind, verpflichtet werden, „das Jugendamt zu informieren, falls die angenommenen Hilfen nicht ausreichend erscheinen, um eine Gefährdung abzuwenden“, so entspricht dies der bereits bisher fachlich und rechtlich erforderlichen Praxis.

Zusammenarbeit der Erziehungs- und Familienberatung mit anderen Diensten und Einrichtungen

Eine erfahrene Fachkraft für andere Dienste und Einrichtungen zur Verfügung stellen

Erziehungs- und Familienberatungsstellen haben den Auftrag, neben den von ihnen erbrachten Beratungen im Einzelfall präventiv tätig zu werden und ihre „Kenntnisse und Erfahrungen auch anderen Institutionen zur Verfügung zu stellen“ (Grundsätze 1973, S. 161). Erziehungs- und Familienberatungsstellen verfügen daher in der Regel über ein enges Netz von Kooperationen in ihrem jeweiligen regionalen Einzugsbereich. Nach einer Erhebung des Deutschen Forums für Kriminalprävention zum Stand 31. 12. 2003 arbeiteten 93 Prozent der Beratungsstellen nach eigener Einschätzung häufig mit Schulen und 83 Prozent häufig mit Kindertagesstätten zusammen (DFK 2005, S. 36). Dabei werden insbesondere die folgenden Formen der Zusammenarbeit praktiziert:

- Empfehlung von Erzieherinnen bzw. Lehrern und Lehrerinnen an Eltern zur Inanspruchnahme von Erziehungsberatung
- Gespräche mit Erzieherinnen bzw. Lehrern und Lehrerinnen aus Anlass einer bereits begonnenen Beratung (mit Einwilligung der Eltern)
- (anonyme) Fachberatung von Erzieherinnen bzw. Lehrern und Lehrerinnen bezogen auf ein problembelastetes Kind
- Präventive Angebote zu Themen der Erziehung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen (bke 2001, S. 22ff.; Liebenow 2006).

Erziehungs- und Familienberatungsstellen können also grundsätzlich für Kindertagesstätten, Schulen und andere Einrichtungen und Dienste eine „erfahrene Fachkraft“ zur Abklärung des Gefährdungsrisikos im Einzelfall zur Verfügung stellen (Bartels 1999; Blank; Deegener 2004, S. 127; Meysen; Schindler 2004, S. 452).

Die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung empfiehlt, die bisher eher punktuelle Zusammenarbeit von Beratungsstellen mit Kindertagesstätten, Schulen und anderen Einrichtungen künftig systematisch zu gestalten. Dabei ist jedoch zu beachten, dass in der Bundesrepublik Deutschland 1.081 Erziehungsberatungsstellen ca. 47.000 Kindertagesstätten und ca. 50.000 Schulen

gegenüber stehen. Die notwendige Zusammenarbeit wird daher nur nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Beratungskapazität der jeweiligen örtlichen Beratungsstelle erfolgen können. Wenn dieses Potential jedoch genutzt wird, sollte in den dazu geschlossenen Vereinbarungen klargestellt werden, für welche Einrichtungen diese Aufgabe übernommen wird.

Beteiligung bei der Hilfeplanung für eine weiterführende Hilfe zur Erziehung

Wenn für ein Kind oder einen Jugendlichen die Unterstützung durch die Leistung Erziehungsberatung nicht mehr ausreicht und eine andere Hilfe zur Erziehung als möglicherweise besser geeignet erscheint oder ergänzend neben der Erziehungsberatung geleistet werden müsste, so bespricht dies die Beratungsfachkraft schon bisher mit dem Rat Suchenden. Mit seiner Einwilligung stellt sie den Kontakt zum Jugendamt/Allgemeinen Sozialen Dienst her. Die Beratungsfachkraft bringt ihre Erfahrungen auch in die weitere Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII ein (*bke 1994, S. 167ff.*; vgl. auch: DV 1994, S. 308).

Wenn Fachkräfte der Erziehungsberatung künftig bei anderen Einrichtungen an der Abschätzung des Gefährdungsrisikos eines Kindes oder Jugendlichen mitwirken, werden sie ihre dabei gewonnene fachliche Einschätzung dementsprechend ebenfalls in den Prozess der Hilfeplanung beim Jugendamt einbringen können.

Mitwirkung an der Beurteilung für das Familiengericht

Kinder und Jugendliche, deren Wohl gefährdet ist, bedürfen je nach individueller Problemlage einer für ihre Situation angemessenen Unterstützung. Dazu kann im Einzelfall auch die Entscheidung des Familiengerichts erforderlich werden. Es besteht fachliche Übereinstimmung, dass diese Entscheidung nicht nur in Extremfällen herbeigeführt werden sollte. Vielmehr sollte die „Verantwortungsgemeinschaft von Jugendamt und Familiengericht“ dazu genutzt werden, abgestuft Eingriffsentscheidungen herbeizuführen (*Mörsberger 2004, S. 18; Langenfeld; Wiesner 2004, S. 77f.*). Dabei ist es erforderlich, der Entscheidung eine differenzierte Betrachtung der Situation des Kindes/Jugendlichen sowie der familiären Dynamik zu Grunde zu legen. Die reichhaltigen Erfahrungen der Erziehungs- und Familienberatung bei der Einschätzung des Entwicklungsstandes von Kindern und der Interaktionen in Familien sowie mit den Veränderungen, die in unterschiedlichen

Konstellationen bewirkt werden können, sollten daher nach Auffassung der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung im Einzelfall auch bei der Sachverhaltsklärung durch das Familiengericht Berücksichtigung finden (vgl. dazu auch *Kanthak 2004*).

Unter der Voraussetzung, dass in diesen Fällen die Federführung beim zuständigen Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) liegt und dieser daher auch die Aufgabe der Mitwirkung nach § 50 Abs. 3 SGB VIII (alt)/ § 8a Abs. 3 SGB VIII (neu) wahrnimmt, ist das Einbringen der Fachkompetenz der Erziehungsberatung nicht nur sachdienlich, sondern auch unproblematisch. Um der Rollenklarheit gegenüber den Rat Suchenden willen ist jedoch anzuraten, in solchen Fällen dafür Sorge zu tragen, dass eine dem Familiengericht zuarbeitende Fachkraft nicht zugleich Beratungsaufgaben für die betroffene Familie erfüllt.

Hinzuziehen einer erfahrenen Fachkraft aus einer anderen Einrichtung/einem anderen Dienst

Für den Fall, dass eine Erziehungs- und Familienberatungsstelle nicht selbst über eine „Mehrzahl“ von Fachkräften verfügt, und das heißt in der Regel, dass ein multidisziplinäres Fachteam mit mindestens drei Personen auf den zur Verfügung stehenden Personalstellen besteht, muss auch eine Erziehungsberatungsstelle sicherstellen, dass sie zur Abklärung des Gefährdungsrisikos eine „insoweit erfahrene Fachkraft“ einer anderen Einrichtung bzw. eines anderen Dienstes hinzuziehen kann. Ebenso wird eine Erziehungsberatungsstelle eine externe „erfahrene Fachkraft“ hinzuziehen müssen, wenn keine Beratungsfachkraft über eine spezifische Qualifikation im Umgang mit Kindeswohlgefährdungen verfügt. Gleiches gilt aber auch, wenn zwar eine absolvierte Qualifikation vorliegt, es aber bisher an entsprechenden praktischen Erfahrungen mangelt.

Erfahrungen und Kompetenzen der Erziehungsberatung

Nach den Erhebungen der Bundesstatistik sind im Jahr 2004 insgesamt 14.017 Beratungen nach § 28 beendet worden, die im Kontext von Kindeswohlgefährdungen standen. Davon entfielen 4.423 Beratungen auf den Anlass „Anzeichen für Kindesmisshandlung“ und 9.594 Beratungen auf den Anlass „Anzeichen für sexuellen Missbrauch“. Erziehungs- und Familienberatungsstellen verfügen daher über vielfältige Erfahrungen im Umgang mit Konstellationen möglicher Kindeswohlgefährdung.

Nach einer Erhebung der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung zum 31. 12. 2003 verfügt bei 70 Prozent der Beratungsstellen mindestens eine Fachkraft über eine spezifische Qualifikation zum Thema „Sexueller Missbrauch“ und bei 40 Prozent der Einrichtungen mindestens eine Fachkraft über eine Qualifikation zum Thema „Gewalt in der Familie“. Die Erziehungs- und Familienberatungsstellen verfügen somit in ihrer großen Mehrzahl bereits über die spezifischen Qualifikationen, die sie bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos von Kindern und Jugendlichen benötigen.

Wenn eine Beratungsstelle für andere Dienste und Einrichtungen eine „erfahrene Fachkraft“ stellt, sollte diese im Rahmen eines konzeptionellen Schwerpunktes der Beratungsstelle zur Kindeswohlgefährdung (z.B. Gewalt in der Familie, sexueller Missbrauch) tätig gewesen sein.

Datenschutz und Kinderschutz

Die bisherigen Datenschutzregelungen im SGB VIII sind aus der Perspektive von Kindeswohlgefährdungen als zu eng betrachtet worden (Langenfeld; Wiesner 2004, S. 68; Wiesner 2004, S. 164, 172), deshalb wurden zum einen die Vorschriften zur Datenerhebung (§ 62 Abs. 2 Nr. 2d und Nr. 4) sowie zur Weitergabe von Daten (§ 65 Abs. 1 Nr. 4) neu gefasst.

Die Gewährleistung des Vertrauensschutzes für die eine Erziehungsberatung in Anspruch nehmenden Personen hat sowohl aus inhaltlichen wie aus rechtlichen Gründen hohen Rang: Inhaltlich, weil sie die Voraussetzung für eine wirksame Hilfeleistung darstellt, rechtlich, weil die den Beratungsfachkräften übertragene Schutzpflicht eine strafbewehrte Pflicht darstellt, deren Bedeutung durch das Bundesverfassungsgericht klargestellt worden ist (BVerfG 1977, S. 210f.). Die Beratungsfachkraft kann daher von ihrer Pflicht zum Schutz des Privatgeheimnisses nur unter zwei Bedingungen abweichen:

1. die Offenbarung erfolgt auf der Grundlage einer ausdrücklichen Einwilligung durch den Inhaber des Privatgeheimnisses oder
2. die Offenbarung erfolgt auf der Grundlage einer gesetzlichen Offenbarungsbefugnis.

Die neuen eingefügten Vorschriften lauten:

§ 62 Abs. 3 Nr. 2d und 3 SGB VIII

Ohne Mitwirkung des Betroffenen dürfen Sozialdaten nur erhoben werden, wenn

2. die Erhebung bei Betroffenen nicht möglich ist oder die jeweilige Aufgabe ihrer Art nach die Erhebung bei anderen erfordert, die Kenntnis der Daten aber erforderlich ist für
 - d. die Erfüllung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a oder
4. wenn die Erhebung beim Betroffenen den Zugang zur Hilfe ernsthaft gefährden würde.

§ 65 Abs. 1 Nr. 3 und 4 SGB VIII

Sozialdaten, die dem Mitarbeiter eines Trägers der öffentlichen Jugendhilfe zum Zweck persönlicher und erzieherischer Hilfe anvertraut worden sind, dürfen von diesem nur weitergegeben werden

3. dem Mitarbeiter, der aufgrund eines Wechsels der Fallzuständigkeit im Jugendamt oder eines Wechsels der örtlichen Zuständigkeit für die Gewährung oder Erbringung der Leistung verantwortlich ist, wenn Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Kindeswohls gegeben sind und die Daten für eine Abschätzung des Gefährdungsrisikos notwendig sind, oder
4. an die Fachkräfte, die zum Zwecke der Abschätzung des Gefährdungsrisikos nach § 8a hinzugezogen werden; ...

Bisherige Rechtslage: Güterabwägung

Eine Offenbarung aufgrund der Einwilligung der Betroffenen ist unproblematisch. Für die zweite Konstellation war nach bisherigem Recht eine Befugnis zur Weitergabe der anvertrauten Daten gegeben, wenn es sich um das Vorhaben oder die begonnene Ausführung von solchen Straftaten

handelt, deren Nichtanzeige nach § 138 StGB mit Strafe bedroht ist. Hierzu zählen: Vorbereitung eines Angriffskrieges, Hochverrat und Landesverrat u.a.. Eine Offenbarung eines anvertrauten Privatgeheimnisses ist aber auch dann nicht rechtswidrig, wenn ein rechtfertigender Notstand nach § 34 StGB gegeben ist. Dies ist der Fall, wenn die Offenbarung ein angemessenes Mittel darstellt, um eine gegenwärtige und nicht anders abwendbare Gefahr für Leib und Leben, Freiheit, Ehre und Eigentum oder ein anderes Rechtsgut von sich selbst oder einer anderen Person abzuwenden.

Voraussetzung ist, dass die drohende Gefahr die Schutzbedürftigkeit des anvertrauten Privatgeheimnisses wesentlich überwiegt (vgl. *bke* 1995a, S. 19f.). Die dabei zu treffende Abwägung zwischen zwei Rechtsgütern ist eine individuelle Entscheidung, die von derjenigen Person vorgenommen werden muss, die persönlich zur Wahrung des anvertrauten Privatgeheimnisses verpflichtet ist. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe sind aufgrund des allgemeinen Auftrags der Jugendhilfe, Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen (§ 1 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII) „verpflichtet zu prüfen, ob eine Abwägung zwischen Schweigepflicht und Wohl des Kindes/Jugendlichen erforderlich ist“ (*bke* 1995, S. 20).

Heutige Rechtslage: Offenbarungsbefugnis

Durch § 8a SGB VIII wird die Beratungsfachkraft, die in freier Trägerschaft tätig ist, auf dem Wege einer Vereinbarung verpflichtet, das Jugendamt immer dann zu informieren, „falls die angenommenen Hilfen nicht ausreichend erscheinen, um die Gefährdung abzuwenden“.

Während eine Risikoabschätzung „gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung“ (§ 8a Abs. 2 Satz 1) voraussetzt, sind die Voraussetzungen für eine Information des Jugendamtes (§ 8a Abs. 2 Satz 2) enger gefasst: diese soll erfolgen, wenn die bereits in Anspruch genommene Leistung für die Abwehr der Gefährdung des Kindes oder Jugendlichen nicht mehr ausreicht. Die Fachkraft wird also verpflichtet, das Jugendamt zu informieren, wenn eine tatsächliche Gefährdung vorliegt. In dieser Situation wäre sie auch nach altem Recht zur Abwägung zwischen dem Schutz des Privatgeheimnisses und dem Wohl des Kindes verpflichtet gewesen. Nun ist eine Mitteilungspflicht geschaffen, die aus der Perspektive des § 203 StGB als gesetzliche Offenbarungsbefugnis wirkt. (Wenn für eine notwendige Risikoabschätzung das Hinzuziehen einer externen „insoweit erfahrenen“ Fachkraft erforderlich ist, gibt dazu § 65 Abs. 1 Nr. 4 SGB VIII die erforderliche Offenbarungsbefugnis.)

Der Handlungsgrund

In Anbetracht des Pflichtcharakters dieser Information an das Jugendamt muss hervorgehoben werden, dass der Handlungsgrund für die Weitergabe anvertrauter Daten nicht in der Informationspflicht selbst liegt. Voraussetzung der Information des Jugendamtes ist vielmehr eine doppelte fachliche Feststellung:

1. Das Wohl des Kindes oder Jugendlichen ist gefährdet.
2. Die der Fachkraft (im Rahmen der in Anspruch genommenen Leistung) zu Gebote stehenden Mittel sind nicht ausreichend um die Gefährdung des Kindes/Jugendlichen abzuwenden.

Erst diese doppelte fachliche Feststellung löst die Rechtsfolge der Weitergabe anvertrauter Daten an das Jugendamt aus.

Individuelle Entscheidung der Fachkraft

Die Erbringung der Leistung Erziehungs- und Familienberatung erfolgt in der Verantwortung der einzelnen, die Beratung durchführenden Fachkraft. Sie ist in ihrer Aufgabenwahrnehmung unabhängig und von fachlichen Weisungen frei (*bke* 1996, S. 77). Die Konsultation des multidisziplinären Fachteams hat für sie den Status einer Beratung, deren Argumente sie soweit sie es vermag, in ihr eigenes Handeln einbeziehen soll. Auch nach der Beratung im Team verbleibt die fachliche Verantwortung bei der einzelnen Fachkraft. Damit ist auch die Abwägung zwischen der persönlichen Verpflichtung zum Schutz des Privatgeheimnisses und der bestehenden Gefährdungssituation, die künftig die Informationspflicht auslöst, eine individuelle Entscheidung der jeweiligen Fachkraft.

Nimmt eine Fachkraft diese Abwägung in einem Einzelfall aus Sicht der Leitung der Beratungseinrichtung nicht angemessen vor, kann die Stellenleitung der Fachkraft die Zuständigkeit für diesen Beratungsfall entziehen (*bke* 1996, S. 83).

Die rechtliche Veränderung durch die Neuregelung

Wenn eine Beratungsfachkraft sich nach altem Recht aufgrund der Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen zur Offenbarung anvertrauter Daten entscheiden wollte, musste sie sich auf § 34 StGB stützen und einen rechtfertigenden Notstand geltend machen. Sie musste mithin die Außerordentlichkeit eines Ereignisses für sich in Anspruch nehmen und mit ihrer individuellen Problemsicht begründen, warum sie nicht bereit war, eine allgemein geltende, strafbewehrte Regel einzuhalten. Da eine auf ihre inhaltliche Konfliktsituation zugeschnittene gesetzliche Regelung nicht zur

Verfügung stand, musste sie als Einzelperson beanspruchen, geltendes Recht außer Kraft zu setzen.

Da die Fachkraft als Person zur Einhaltung des Schutzes des Privatgeheimnisses verpflichtet ist, musste sie dabei damit rechnen, dass im jeweiligen Einzelfall durch die Betroffenen gerichtlich überprüft wird, ob sie zu der vorgenommenen Offenbarung anvertrauter Daten berechtigt war. Mit einer Offenbarung hatte sie daher zugleich ein Strafrisiko zu tragen.

Durch § 8a erhält die Fachkraft der Erziehungs- und Familienberatung nun Rechtssicherheit: Wenn das Wohl eines Kindes oder Jugendlichen gefährdet ist, und sie diese Gefährdung nicht mit den Mitteln der Beratung oder Therapie abwenden kann, ist sie nach § 8a Abs. 2 befugt (und zugleich verpflichtet), die ihr anvertrauten Daten an das Jugendamt mitzuteilen.

Befugnis zur Datenrecherche

§ 62 Abs. 3 Nr. 2d schafft für das Jugendamt die Erlaubnis, im Kontext von Kindeswohlgefährdungen auch ohne Kenntnis der Betroffenen Daten bei Dritten zur Abschätzung des Gefährdungsrisikos zu erheben. Die für den Datenschutz geltenden Regelungen sollen nach § 61 Abs. 3 SGB VIII auch beim Träger der freien Jugendhilfe sichergestellt werden. Rechtlich gesehen kann also auch die Befugnis zur Datenrecherche ohne Kenntnis der Betroffenen auf die Fachkräfte der freien Jugendhilfe übertragen werden. Die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung empfiehlt jedoch, dass Fachkräfte der Erziehungs- und Familienberatung sich bei der Risikoabschätzung nur auf diejenigen Kenntnisse stützen, die ihnen bei Gelegenheit der Leistungserbringung bekannt geworden sind. Denn bei einer Recherche im Umfeld der Betroffenen würde ein bestehender Beratungsprozess voraussichtlich durch diese beendet und bei Bekanntwerden der Recherche das Vertrauen der Öffentlichkeit in Beratung gefährdet. Wenn eine Datenerhebung im Umfeld der Betroffenen erforderlich erscheint, sollte diese Aufgabe vom Jugendamt wahrgenommen werden.

Information der Personensorgeberechtigten/Erziehungsberechtigten über den Schutzauftrag der Erziehungsberatungsstelle

Der Anteil der Beratungen im Kontext von Kindeswohlgefährdungen an allen Erziehungsberatungen nach § 28 SGB VIII beträgt bei ca. 14.000 Fällen im Jahr 2004 derzeit ca. 5 Prozent; davon erweisen sich etwa die Hälfte als tatsächliche Fälle von Kindeswohlgefährdung (Menne 1997, S. 238). Kindeswohlgefährdungen haben in der Erziehungsberatung also einen ausgesprochen geringen Anteil an der gesamten Inanspruchnahme. Eine Datenweitergabe ohne Einwilligung der Personensorgeberechtigten und damit unter Bruch des zugesicherten Schutzes des Privatgeheimnisses kommt wiederum nur bei einem Teil dieser Kindeswohlgefährdung betreffenden Beratungen in Betracht. Deshalb ist es angemessen, dass Erziehungsberatungsstellen ihre Verpflichtung zur Verschwiegenheit gegenüber den Rat Suchenden auch weiterhin deutlich kommunizieren. Gerade auch Eltern von Kindern in Gefährdungssituationen wird ein wirksames Hilfeangebot unterbreitet, wenn sie auf die Verschwiegenheit der Beratungseinrichtung bauen können. Eine im Einzelfall gegebene Notwendigkeit im Rahmen der Beratung auf andere Rechtsgrundlagen (§ 8a, § 65 Abs. 1 Nr. 4 SGB VIII) zurückzugreifen, sollte daher nicht in allgemeinen Selbstdarstellungsmaterialien der Beratungsstelle angekündigt werden. Vielmehr ist es sachgerecht, wenn von der Beratungsfachkraft am Einzelfall orientiert in der jeweiligen Beratung behutsam andere Handlungsoptionen für die Eltern nachvollziehbar eingeführt werden.

Online-Beratung

Träger haben für Beratung im Internet ebenso wie für die in örtlichen Einrichtungen durchgeführten Beratungen den Schutz des Privatgeheimnisses der Rat Suchenden zu gewährleisten. Dies wird nach fachlichem Konsens durch Nutzung eines Webservers gewährleistet, bei dem die Kommunikation zwischen Fachkraft und Rat Suchendem nach SSL-Standard verschlüsselt wird (DAKJEF 2005, S. 5). Rat Suchende müssen sich bei dieser Technik lediglich durch einen frei gewählten Nicknamen und ein selbst definiertes Passwort identifizieren.

Auch unter den Bedingungen einer im Internet erfolgenden Beratung können Kindeswohlgefährdende Sachverhalte bekannt werden. Dies betrifft z.B. die Thematisierung von Erfahrungen sexueller Gewalt durch vor allem weibliche Jugendliche, die Formulierung von Selbstmordneigungen durch Minderjährige beiderlei Geschlechts, die Mitteilung von gefährdenden Handlungsweisen durch die Eltern selbst oder als Bericht über Dritte. Die Beratungsfachkräfte, die Beratung im Internet betreiben, sind in diesen Situationen zunächst gehalten, wie in der örtlich durchgeführten Beratung *mit Mitteln der Beratung* der Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen zu begegnen. Darin unterscheidet Online-Beratung sich nicht von den in Einrichtungen erbrachten Beratungsleistungen. Auch ist im Rahmen einer Online-Beratung ebenso wie bei Face-to-face-Beratungen zu prüfen, ob eine Beratung ausreicht, das Wohl eines/r Minderjährigen zu schützen. Allerdings stehen in der Online-Beratung nicht dieselben Handlungsoptionen wie bei ambulanten Beratungen zur Verfügung. Die Fachkraft kann lediglich *im Einverständnis* mit den Personensorgeberechtigten oder der/dem Jugendlichen selbst darauf hinwirken, dass eine andere, besser geeignete Hilfe örtlich in Anspruch genommen wird. Sie verfügt nicht über die Möglichkeit, *gegen den Willen* der oder des Betroffenen eine Intervention zu aktivieren (Jugendamt, Familiengericht, Polizei), da ihr weder Name noch Adresse der beratenen Personen bekannt sind.

Erziehungsberatung in kommunaler Trägerschaft

Der Normtext des § 8a Abs. 1 spricht von „dem Jugendamt“ und erfasst damit zunächst alle Fachkräfte, die als kommunale Bedienstete tätig sind, also auch die Fachkräfte kommunal getragener Erziehungsberatungsstellen. Ebenso aber werden die Erzieherinnen kommunaler Kindertagesstätten mit erfasst. Zwar können Erzieherinnen und Erziehungsberatungsfachkräfte das erste Konditionalprogramm des Jugendamtes, die Risikoabschätzung, wahrnehmen; aber sie können nicht mehr wirksam das zweite Konditionalprogramm, Anbieten der geeigneten und notwendigen Hilfe, realisieren. Dazu fehlen ihnen die Befugnisse. Deshalb sollten Erziehungsberatungsstellen in kommunaler Trägerschaft die durch § 8a Abs. 2 normierten Handlungsabläufe in entsprechender Weise realisieren.

Die Leistung Erziehungsberatung wird in kommunaler und in freier Trägerschaft erbracht. Wenn die Beratungsleistung direkt in der Verantwortung

der Kommune verbleibt, erfolgt die Aufgabenwahrnehmung durch einen „Besonderen Sozialen Dienst“ (KGSt 1980, S. 97). Auch für ihn gilt: „Erziehungsberatung ist ein für die Klienten niederschwelliges Leistungsangebot, das auf einer möglichst unmittelbaren Inanspruchnahme durch die Klienten beruht“ (KGSt 1993, S. 320). Dabei wird der erforderliche Vertrauensschutz dadurch gewährleistet, dass die Eigenständigkeit der Beratungsstelle für den Leistungen in Anspruch nehmenden Bürger deutlich erkennbar ist (KGSt 1995, S. 36). Unterschiedliche Trägerschaften haben also für die Erbringung der Leistung Erziehungsberatung per se keine Differenzierung zur Folge.

Deshalb sollte innerhalb des Jugendamtes durch Organisationsverfügung klargestellt werden, dass Erziehungs- und Familienberatungsstellen in kommunaler Trägerschaft die Aufgabe des Kinderschutzes auf der Grundlage der durch § 8a Abs. 2 definierten Konditionalprogramme wahrnehmen².

Persönliche Eignung der Fachkraft

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen nach § 72a SGB VIII keine Personen mehr einstellen, die in einschlägiger Weise strafrechtlich verurteilt sind. Um dies sicherzustellen, sollen die zu beschäftigenden Personen bei der Einstellung und in regelmäßigen Abständen ein Führungszeugnis vorlegen.

§ 72a

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen hinsichtlich der persönlichen Eignung im Sinne des § 72 Abs. 1 insbesondere sicherstellen, dass sie keine Personen beschäftigen oder vermitteln, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 181a, 182 bis 184e oder § 225 des Strafgesetzbuches verurteilt worden sind. Zu diesem Zweck sollen sie sich bei der Einstellung und in regelmäßigen Abständen ein Führungszeugnis nach § 30 Abs. 5 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen lassen. Durch Vereinbarungen mit Trägern von Einrichtungen und Diensten sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe auch sicherstellen, dass diese keine Personen nach Satz 1 einstellen.

² § 8a Abs. 2 SGB VIII spricht auch nur allgemein von den „Trägern von Einrichtungen“, nicht bloß von der freien Trägern der Jugendhilfe.

Die Forderung eines Führungszeugnisses verstößt im Bereich der freien Jugendhilfe allerdings gegen die Grundsätze des Arbeitsrechts. Denn das Führungszeugnis kann mehr Daten enthalten als zweckbezogen zu prüfen sind. Für den Bereich der freien Wohlfahrtspflege kann die Vorschrift daher nur sinnentsprechend, etwa indem ein Bewerber zu den einschlägigen Straftatbeständen ausdrücklich befragt wird, nicht aber durch Vorlage eines Führungszeugnisses umgesetzt werden (vgl. Meysen; Schindler 2004, S. 463).

Die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung hält in Anlehnung an die Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter eine Prüfung der persönlichen Eignung der Fachkräfte entsprechend § 72a SGB VIII in einem Rhythmus von fünf Jahren für ausreichend.

Literatur

Bartels, Verena (1999): Zwischen Kindeswohl und Unschuldsvermutung. Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation zwischen Jugendhilfe, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten. In: Hundsatz, Andreas; Menne, Klaus; Cremer, Hubert (Hg.) (1999): Jahrbuch für Erziehungsberatung. Band 3. Weinheim und München, S. 183 – 199.

Blank, Günther (2004): Kooperation und Vernetzung von Institutionen zur Abschätzung der Risiko- und Schutzfaktoren bei Kindeswohlgefährdung. In: DJJuF (Hg.) (2004): Verantwortlich handeln – Schutz und Hilfe bei Kindeswohlgefährdung. Saarbrücker Memorandum. Köln, S. 113 – 156.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ) (2005): Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) vom 8. 9. 2005. Hinweise und vorläufige Umsetzungsempfehlungen für die Jugendämter. www.bagljae.de/Stellungnahmen/Beschluss-KICK-Umsetzung.pdf

Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (*bke*) (1992): Rechtsfragen bei Kindesmisshandlung und sexuellem Missbrauch. In: *bke* (1997): Rechtsfragen in der Beratung. Gesetze, Urteile und Hinweise für die Praxis. Fürth, S. 38 – 47.

Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (*bke*) (1994): Hilfeplanung nach § 36 KJHG. In: *bke* (2000): Grundlagen der Beratung. Fachliche Empfehlungen, Stellungnahmen und Hinweise für die Praxis. Fürth, S. 157 – 170.

Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (*bke*) (1995a): Datenschutz, Schweigepflicht und Zeugnisverweigerungsrecht. In: *bke* (1997): Rechtsfragen in der Beratung. Gesetze, Urteile und Hinweise für die Praxis. Fürth, S. 16 – 22.

Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (*bke*) (1996): Aufsicht über Erziehungsberatungsstellen. In: *bke* (1997): Rechtsfragen in der Beratung. Gesetze, Urteile und Hinweise für die Praxis. Fürth, S. 73 – 84.

Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (*bke*) (2001): Jugendhilfeplanung für Erziehungs- und Familienberatung. Fürth.

Bundesverfassungsgericht (1977): Schutz des Privatgeheimnisses in der Beratung vs. Beschlagnahme von Klientenakten. In: *bke* (1997): Rechtsfragen in der Beratung, Fürth, S. 208 – 214.

Deutscher Arbeitskreis für Jugend-, Ehe- und Familienberatung (DAKJEF) (2003): Grundsätze fachlichen Handelns in der Institutionellen Beratung. In: DAKJEF (2003): Grundsatztexte des Deutschen Arbeitskreises für Jugend-, Ehe- und Familienberatung, Teil II. Fürth, S. 7 – 19. Wiederabdruck: In: Informationen für Erziehungsberatungsstellen, Heft 1/2004, S. 6 – 11, und: Zentralblatt für Jugendrecht, Heft 2/2005, S. 60 – 64.

Deutscher Arbeitskreis für Jugend-, Ehe- und Familienberatung (DAKJEF) (2005): Beratung im Internet – Eine Zwischenbilanz. Fürth.

Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) (2005): Erhebung zur Situation der Erziehungs- und Familienberatungsstellen in Deutschland. Manuskript.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV) (1994): Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Hilfeplanung nach § 36 KJHG. In: *bke* (2000): Grundlagen der Beratung. Fürth, S. 305 – 308.

Grundsätze (1973): Grundsätze für die einheitliche Gestaltung der Richtlinien der Länder für die Förderung von Erziehungsberatungsstellen. In: *bke* (1997): Rechtsfragen in der Beratung. Gesetze, Urteile und Hinweise für die Praxis. Fürth, S. 159 – 166.

Jans, Karl-Wilhelm; Happe, Günter, Saurbier, Helmut; Maas, Udo (2005): Kinder- und Jugendhilferecht. Stuttgart; Berlin; Köln.

Kanthak, Thomas (2004): Kindeswohlgefährdung: Diagnostische Verfahren und Methoden. In: Zentralblatt für Jugendrecht, Heft 5/2004, S. 180 – 187.

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) (1980): Organisation der Erziehungsberatungsstelle. In: Spittler, Horst-Dietmar; Specht, Friedrich (Hg.) (1984): Basistexte und Materialien zur Erziehungs- und Familienberatung. Göttingen, S. 89 – 124.

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) (1993): Erziehungsberatung (§ 28 KJHG). In: *bke* (2000): Grundlagen der Beratung. Fürth, S. 319 – 323.

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) (1995): Aufbauorganisation der Jugendhilfe. Bericht 3/1995. Köln.

Langenfeld, Christine; Wiesner, Reinhard (2004): Verfassungsrechtlicher Rahmen für die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe bei Kindeswohlgefährdungen und seine einfachgesetzliche Ausfüllung. In: DJJuF (Hg.) (2004): Verantwortlich handeln – Schutz und Hilfe bei Kindeswohlgefährdung. Saarbrücker Memorandum. Köln, S. 45 – 81.

Liebenow, Hermann (2006): Familienbildnerische Beiträge von Erziehungsberatungsstellen. In: Menne, Klaus; Hundsalz, Andreas (Hg.) (2006): Jahrbuch für Erziehungsberatung, Band 6. München und Weinheim.

Menne, Klaus (1997): Institutionelle Beratung. Möglichkeiten und Grenzen ihrer quantitativen Erfassung. In: Rauschenbach, Thomas; Schilling, Matthias (Hrsg.): Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Band II: Analysen, Befunde und Perspektiven. Neuwied, Krieffel, Berlin, S. 201 – 264.

Meysen, Thomas; Schindler, Gila (2004): Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung: Hilfreiches Recht beim Helfen. In: Das Jugendamt, Heft 10/2004, S. 449 – 466.

Mörsberger, Thomas (2004): Warum dieses Memorandum? In: DJJuF (Hg.) (2004): Verantwortlich handeln – Schutz und Hilfe bei Kindeswohlgefährdung. Saarbrücker Memorandum. Köln, S. 11 – 24.

Münder, Johannes u.a. (2003): Frankfurter Kommentar zum SGB VIII: Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim, Berlin, Basel.

Wiesner, Reinhard (2000): SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe. München.

Wiesner, Reinhard (2004): Das Wächteramt des Staates und die Garantenstellung der Sozialarbeiterin/ des Sozialarbeiters zur Abwehr von Gefahren für das Kindeswohl. In: Zentralblatt für Jugendrecht, Heft 5/2004, S. 161 – 172.

Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben des Kindesschutzes nach § 8a Abs. 2 SGB VIII

Textbausteine für Vereinbarungen zwischen dem Jugendamt und freien Trägern von Beratungsstellen

Präambel

Zur Wahrnehmung der Aufgabe des Kindesschutzes nach § 8a Abs. 2 SGB VIII durch die von *Name des Trägers der freien Jugendhilfe* betriebene Erziehungs- und Familienberatungsstelle in *A-Stadt* wird folgende die Vereinbarung über die Leistung Erziehungs- und Familienberatung vom *Datum* ergänzende Vereinbarung geschlossen:

Strukturqualität

§ 1 Multidisziplinäres Fachteam

Die Erziehungs- und Familienberatungsstelle erbringt ihre Leistungen durch ein multidisziplinäres Fachteam mit derzeit *XXX* Fachkräften auf *YYY* vollen Personalstellen. Damit sind grundsätzlich die Voraussetzungen gegeben, um bei bekannt werden von „gewichtigen Anhaltspunkten“ für eine Gefährdung des Kindeswohls bei einem Kind oder Jugendlichen, um dessentwillen die Leistungen der Einrichtung in Anspruch genommen werden, „im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte“ (§ 8a Abs. 2 SGB VIII) abzuschätzen.

§ 2 Zusatzqualifikationen

Jede der in der Erziehungs- und Familienberatungsstelle tätigen Fachkräfte verfügt über mindestens eine auf das Arbeitsfeld bezogene Zusatzqualifikation. Dadurch ist sichergestellt, dass unterschiedliche methodische Ansätze entsprechend § 28 Satz 2 SGB VIII zur Anwendung kommen.

§ 3 Spezifische Qualifikation

Der Träger der Einrichtung stellt sicher, dass während der Geltungsdauer dieses Vertrages mindestens eine Beratungsfachkraft der Erziehungs- und Familienberatungsstelle über eine spezifische Qualifikation von mindestens drei Tagen Dauer

- zur Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien bei sexuellem Missbrauch und/oder
- zur Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien bei Gewalt in der Familie absolviert hat.

§ 4 Erfahrungen mit Kindeswohlgefährdungen

Aufgrund der im Jahresbericht 200X dokumentierten Beratungsanlässe für die Inanspruchnahme der Erziehungs- und Familienberatungsstelle fügt die Einrichtung über hinreichende Erfahrungen zur Risikoabschätzung bei möglichen Kindeswohlgefährdungen.

Prozessqualität

§ 1 Abschätzen des Gefährdungsrisikos

Bei bekannt werden „gewichtiger Anhaltspunkte“ für die Gefährdung des Kindeswohls eines Kindes oder Jugendlichen, für das/den eine Leistung der Erziehungs- und Familienberatungsstelle in Anspruch genommen wird oder in Anspruch genommen worden ist, stellt die die Beratung führende Fachkraft den Fall entsprechend den *Grundsätzen fachlichen Handelns in der Institutionellen Beratung* (DAKJEF) im multidisziplinären Fachteam zur Abschätzung des Gefährdungsrisikos vor.

§ 2 Verantwortung

Auch nach der Abschätzung des Gefährdungsrisikos im multidisziplinären Fachteam verbleibt die Verantwortung für das Kind oder den Jugendlichen bei der die Beratung führenden Fachkraft.

§ 3 Supervision

Der Träger gewährleistet, dass jede Fachkraft, die eine Beratung führt, bei der eine Gefährdung des Kindeswohls bekannt wird, eine auf diesen Fall bezogene Supervision in Anspruch nehmen kann.

§ 4 Beendigung der Beratung

Eine Beratung, bei der eine Gefährdung des Kindeswohls bekannt geworden ist, wird durch die beratende Fachkraft nur solange fortgeführt, wie durch die Beratungsleistung die Gefährdung des Kindeswohls mit Aussicht auf Erfolg abgewendet werden kann.

§ 5 Motivationsarbeit mit der/dem/den Personensorgeberechtigten(n)

Wenn eine Beratung erwartbar nicht oder nicht mehr ausreicht, um die Gefährdung des Kindeswohls abzuwenden, wird die die Beratung führende Fachkraft bei der/dem/den Personensorgeberechtigten motivierend darauf hinwirken, dass diese(r) bereit ist/sind, eine andere, besser geeignete Hilfe in Anspruch zu nehmen.

§ 6 Information des Jugendamtes

Wenn nach Abklärung des Gefährdungsrisikos im Zusammenwirken des multidisziplinären Fachteams die die Beratung führende Fachkraft zu der Einschätzung gelangt, dass die Beratung nach § 28 SGB VIII nicht oder nicht mehr ausreicht, um das Wohl des Kindes oder Jugendlichen zu schützen, wird die Fachkraft das Jugendamt über die Gefährdung der/des Minderjährigen informieren.

Ergebnisqualität

§ 1 Dokumentation

Über Beratungen, die im Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdungen durchgeführt werden, wird von der fallführenden Fachkraft eine Dokumentation angelegt. Die Dokumentation enthält wesentliche Angaben zum Verlauf der Beratung, zu der oder den Besprechungen des Falles im multidisziplinären Fachteam der Beratungsstelle sowie etwaige von der Fachkraft getroffene Entscheidungen.

§ 2 Interne Evaluation

Die Fachkräfte der Beratungsstelle führen jährlich eine interne Evaluation zu den Beratungen in Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdungen durch.

§ 3 Wirksamkeitsdialog

Auf der Basis der internen Evaluation wird jährlich mit dem Jugendamt ein Wirksamkeitsdialog über die Beratungen im Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdungen geführt.

Alternativ:

Mit dem Jugendamt wird jährlich ein Wirksamkeitsdialog geführt über die im Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdungen durchgeführten Beratungen, die von der Beratungsstelle durchgeführten Fallbesprechungen mit anderen Einrichtungen und Diensten sowie den sonstigen Aktivitäten der Einrichtung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen.

Fachdienstliche Aufgaben

§ 1 Beteiligung an der Abschätzung des Gefährdungsrisikos an anderen Diensten und Einrichtungen

Die Beratungsstelle stellt für die Abschätzung des Gefährdungsrisikos (Fachberatung) an den folgenden Einrichtungen erfahrene Fachkräfte zur Verfügung:

- Kindertagesstätte A,B,C in den Gemeinden/Stadtteilen X,Y,Z
- Jugendzentrum A,B,C
- Usw.

§ 2 Mitwirkung an der Hilfeplanung des Jugendamtes bei Kindeswohlgefährdungen

Die Beratungsstelle wirkt an der Hilfeplanung des Jugendamtes bei Fällen von vermuteter Kindeswohlgefährdung mit.

§ 3 Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren

Die Beratungsstelle stellt ihre fachlichen Kompetenzen im Rahmen von familiengerichtlichen Verfahren für notwendige Klärungen zur Verfügung. Diese Aufgabe wird von einer Fachkraft wahrgenommen, die mit der Familie keinen Beratungskontakt hatte. Von der fallführenden Fachkraft wird die Aufgabe nur im ausdrücklichen Einverständnis mit der/dem Minderjährigen und seinen Personensorgeberechtigten wahrgenommen.

Datenschutz

§ 1 Besonderer Vertrauensschutz und Schutz des Privatgeheimnisses

Die Fachkräfte der Erziehungs- und Familienberatungsstelle gewährleisten für die Rat Suchenden auch im Kontext von Kindeswohlgefährdungen grundsätzlich den besonderen Vertrauensschutz nach § 65 SGB VIII und den Schutz des Privatgeheimnisses nach § 203 Abs. 1 Nr. 4 StGB.

§ 2 Weitergabe von Daten zur Abschätzung des Gefährdungsrisikos

Wenn im Einzelfall die Abschätzung des Gefährdungsrisikos eines Kindes oder Jugendlichen nicht in anonymisierter Weise erfolgen kann, werden die erforderlichen personenbezogenen Daten von der fallzuständigen Fachkraft entsprechend § 65 Abs. 1 Nr. 4 SGB VIII auch dann an die anderen mit der Risikoabschätzung befassten Fachkräfte weiter gegeben, wenn diese Daten von den Rat Suchenden anvertraut worden sind.

§ 3 Datenerhebung ohne Mitwirkung der Betroffenen

Das Recht zur Erhebung von personenbezogenen Daten ohne Mitwirkung der Betroffenen nach § 62 Abs. 3 Nr. 2d SGB VIII wird durch diese Vereinbarung nicht auf die Fachkräfte der Erziehungs- und Familienberatungsstelle übertragen.

Information Rat Suchender über den Schutzauftrag der Beratungsstelle

§ 1 Schutz des Privatgeheimnisses

In Selbstdarstellungen, Flyern usw. stellt die Erziehungs- und Familienberatungsstelle ihre Pflicht zum Schutz des Privatgeheimnisses der Rat Suchenden heraus.

Textvorschlag:

Die Beratungsstelle gewährleistet den Schutz des Privatgeheimnisses der Rat Suchenden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.

§ 2 Information Rat Suchender

Die Information Rat Suchender über die Pflicht zur Information des Jugendamtes gemäß § 8a Satz 2 SGB VIII erfolgt gegenüber denjenigen Personensorgeberechtigten/Erziehungsberechtigten, die davon betroffen sind, im persönlichen Gespräch.

Gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Kindeswohls

Risikoeinschätzung in Erziehungsberatungsstellen

Werden in der Erziehungsberatung gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohles eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, muss im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte das Gefährdungsrisiko abgeschätzt und davon ausgehend das weitere Handeln geplant werden.

Kindeswohlgefährdungen

Hierzu ist es zunächst nötig, sich einiger Begrifflichkeiten klar zu werden, also zu reflektieren, worauf die zu beschreibenden Anhaltspunkte bezogen sind. Um die Definitionen von Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung und die entsprechenden Kategorisierungen gibt es einen komplexen Diskurs, der an dieser Stelle nicht dargestellt werden kann. Es sollen lediglich einige fachlich anerkannte Begriffsklärungen wiedergegeben werden, ohne sie auf ihre Vor- und Nachteile zu überprüfen und in Hinblick auf alternative Ansätze zu problematisieren.

Kindeswohlgefährdung ist „eine gegenwärtige, in einem solchen Maße vorhandene Gefahr, dass sich bei der weiteren Entwicklung eine erhebliche Schädigung mit ziemlicher Sicherheit vorhersagen lässt“ (BGH, FamRZ, 1956, 350, zitiert nach Kindler; Lillig 2005). Meist werden vier Formen der Kindeswohlgefährdung unterschieden:

- Vernachlässigung ist ein „andauerndes oder wiederholtes Unterlassen fürsorglichen Handelns bzw. Unterlassen der Beauftragung geeigneter Dritter mit einem solchen Handeln durch Eltern oder andere Sorgeberechtigte, das für einen einsichtigen Dritten vorhersehbar zu erheblichen Beeinträchtigungen der physischen und/ oder psychischen Entwicklung des Kindes führt oder vorhersehbar ein hohes Risiko solcher Folgen beinhaltet“ (Kindler 2006a).
- Körperliche Misshandlungen sind „Handlungen von Eltern oder anderen Bezugspersonen..., die durch Anwendung von körperlichem Zwang bzw. Gewalt für einen einsichtigen Dritten vorhersehbar zu erheblichen physischen oder psychischen Beeinträchtigungen des Kindes und seiner Entwicklung führen oder vorhersehbar ein hohes Risiko solcher Folgen

bergen“ (Kindler 2006c).

- Seelische Misshandlungen sind „wiederholte Verhaltensmuster der Betreuungsperson oder Muster extremer Vorfälle, die Kindern zu verstehen geben, sie seien wertlos, voller Fehler, ungeliebt, ungewollt, sehr in Gefahr oder nur dazu nütze, die Bedürfnisse eines anderen Menschen zu erfüllen“ (American Professional Society on Abuse of Children (APSAC 1995), zitiert nach Kindler 2006b).
- Sexueller Missbrauch „ist jede sexuelle Handlung, die an oder vor einem Kind entweder gegen den Willen des Kindes vorgenommen wird oder der das Kind aufgrund körperlicher, psychischer, kognitiver oder sprachlicher Unterlegenheit nicht wissentlich zustimmen kann. Der Täter nutzt seine Macht- und Autoritätsposition aus, um seine eigenen Bedürfnisse auf Kosten des Kindes zu befriedigen“ (Bange; Deegener 1996, zitiert nach Unterstaller 2006).

Gewichtige Anhaltspunkte

Das Kindeswohl steht im Zentrum der Erziehungsberatung und die Beraterinnen und Berater richten ihre Tätigkeit primär an diesem Gesichtspunkt aus. Dies entspricht der gesetzlichen Grundlage in § 27 SGB VIII, der die Nichtgewährleistung einer dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung zur Voraussetzung der Anspruchsberechtigung für Hilfen zur Erziehung macht.

Von dieser – viele problematische Erziehungssituationen umfassenden – *Nichtgewährleistung* einer angemessenen *Erziehung* sind Situationen abzugrenzen, in denen das *Kindeswohl* konkret *gefährdet* ist. Gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen ergeben sich in der Regel aus Verhaltensweisen und Äußerungen des Kindes, Jugendlichen oder der Eltern in den Beratungsgesprächen. Sie können aber auch Äußerungen von Erziehern und Lehrerinnen entstammen, die als soziales Umfeld in eine Beratung einbezogen werden.

Gewichtige Anhaltspunkte sind in diesem Zusammenhang Informationen, die mit erhöhter Wahrscheinlichkeit eine Kindeswohlgefährdung anzeigen. Sie geben zu Hypothesen Anlass, die einer Verifizierung bzw. Falsifizierung unter Einbeziehung weiterer Fachkräfte bedürfen und Handlungsfolgen haben. Erziehungsberater müssen dabei mehrere Kontexte einbeziehen: den Beratungsprozess selbst, das multiprofessionelle Team der Beratungsstelle, das Jugendamt und das Familiengericht. Zunächst ist also der angemessene Kontext zu finden: Handelt es sich um *gewichtige Anhaltspunkte*, die nach Austausch im Team im Zuge der Beratung weiter abgeklärt werden können

oder um solche, die eine sofortige Einschaltung des Jugendamtes (bzw. Anrufung des Familiengerichtes) erforderlich machen? In der Regel wird die Risikoeinschätzung, also die Bewertung der gegebenen Anhaltspunkte auf eine Gefährdung des Kindeswohls, zunächst durch die Fachkräfte der Beratungsstelle selbst erfolgen können.

Leider fehlt es an wissenschaftlich validierten Einschätzungsverfahren (Kindler; Lillig 2005). Gleichwohl gibt es an vielen Stellen Instrumente, die unter dem Kriterium praktischer Plausibilität *gewichtige Anhaltspunkte* für die Kindeswohlgefährdung zusammenstellen (vgl. Literaturverzeichnis).

Der folgende Katalog *gewichtiger Anhaltspunkte* bezieht sich auf Konstellationen, die *in der Erziehungsberatung* auftreten können. Es handelt sich dabei um so weit wie möglich operationalisierte Hilfsmittel, die der Strukturierung der Wahrnehmung dienen sollen – als Ausgangspunkt von Risikoabschätzung und Handlungsplanung. Selbstverständlich ist dies keine abschließende Aufzählung.

Bei der Auswahl wurde Wert auf die differentialdiagnostische Bedeutsamkeit gelegt. So ist zum Beispiel das Einnässen nicht aufgeführt, weil es zwar bei misshandelten Kindern gehäuft vorkommt, gleichzeitig aber in der Normalpopulation weit verbreitet ist. Auch die Einkommensarmut ist kein differentialdiagnostisch bedeutsamer Indikator, denn die meisten armen Familien erziehen ihre Kinder, ohne ihr Wohl zu gefährden (Kindler; Lillig 2005).

Erscheinungsbild des Kindes/Jugendlichen

- massive oder sich wiederholende Verletzungen (Blutergüsse, Striemen, unklare Hautveränderungen)
- sehr mager oder sehr dick
- wiederholt Schmutzreste auf der Haut, faulende Zähne, unzureichende Bekleidung

Verhalten des Kindes/Jugendlichen

- benommen, matt, apathisch oder stark verängstigt
- sprunghaft, orientierungslos oder distanzlos
- deutlich altersunangemessener körperlicher oder seelischer Entwicklungsstand
- Jaktationen (Schaukelbewegungen)
- häufiges Fehlen in der Schule
- häufige Delikte oder Straftaten
- wiederholt stark sexualisiertes Verhalten
- wiederholte schwere Gewalttätigkeit gegen andere Personen

- Aufenthalt an jugendgefährdenden Orten oder wiederholt zu altersunangemessenen Zeiten in der Öffentlichkeit
- Äußerungen, die sich auf Misshandlung, Missbrauch, Vernachlässigung beziehen

Erscheinungsbild der Erziehungspersonen

- fehlende oder erschwerte Ansprechbarkeit
- Übererregtheit, Verwirrtheit
- häufige Benommenheit

Verhalten der Erziehungspersonen

- häufiges oder massives Schlagen, Schütteln oder Einsperren
- häufige oder massive Beschimpfung, Bedrohung oder herabsetzende Behandlung
- Isolation des Kindes
- deutlich mangelnde Betreuung und Aufsicht, fehlende Ansprache
- wiederholte oder schwere Gewalt zwischen den Erziehungspersonen

Familiäre Situation

- familiäre Überforderungssituationen
- ausgeprägte Bindungsstörungen
- Suchtprobleme
- Obdachlosigkeit oder extrem kleine bzw. gesundheitsgefährdende Unterkunft
- Fehlen basaler familiärer Organisation (z.B. Nahrungsmittelaufkauf, Müllentsorgung).

Risikoabschätzung

Liegen solche gewichtigen Anhaltspunkte vor, ist im Team der Beratungsstelle eine Einschätzung des Risikos vorzunehmen. An der Risikoeinschätzung sind die Betroffenen soweit wie möglich zu beteiligen. Hierbei sind folgende Fragen zu berücksichtigen:

- Besteht in der Familie ein Problembewusstsein oder wird bagatellisiert?
- Wird Hilfe angenommen oder abgewehrt?
- Wie ausgeprägt sind die familiären Ressourcen zur Bewältigung der Problemlage?
- Welche Position hat ein potenzieller Misshandler in der Familie?

- Fehlen wichtige Informationen?

Besonders problematisch sind Situationen, in denen eine hohe Intensität der Beeinträchtigung besteht, die nicht nur einmalig oder selten, sondern ein Strukturmuster ist und in denen eine Schädigung des Kindes absehbar oder bereits eingetreten ist (Seithe 2004).

Sofortiges Handeln ist erforderlich, wenn

- Verhaltensweisen einer gegenwärtigen Betreuungsperson geschildert werden, die zu schweren Verletzungen bzw. Gesundheitsproblemen geführt haben oder leicht dazu führen können,
- ein betroffenes Kind aufgrund von Alter oder Gesundheitszustand als besonders verletzlich anzusehen ist,
- Hinweise auf ein unberechenbares Verhalten einer Betreuungsperson vorliegen,
- eine Betreuungsperson in der Vergangenheit ein Kind erheblich gefährdet oder geschädigt hat,
- eine Person, die das Kind aktuell schützen könnte, nicht vorhanden ist,
- oder der Eindruck entsteht, dass zu diesen Kriterien wichtige Informationen fehlen (DJI 2006).

In diesen Fällen ist das Jugendamt sofort zu informieren, das erforderlichenfalls das Familiengericht einschaltet.

Die bekannt gewordenen Tatsachen, die Risikoeinschätzung, die daraus resultierende Handlungsplanung und die erarbeiteten Rückversicherungssysteme sind in der Beratungsdokumentation festzuhalten.

Literatur

Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz Österreich (2006): Checkliste zur Früherkennung von Gewalt gegen Kinder. Onlinepublikation: www.bmsg.gv.at: Fachbereiche: Familie: Gewalt in der Familie.

Deutsches Jugendinstitut (2006): Prüfbogen „Sofortreaktion bei Meldung einer Kindeswohlgefährdung“. In: Institut für soziale Arbeit (ISA): Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung. Arbeitshilfe zu Kooperation zwischen Jugendamt und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe. Anhang, S. 14. Vorabversion vom 22.2.2006. Onlinepublikation: www.Kindesschutz.de.

Jordan, Erwin (2005): Qualifiziertes Erkennen und Beurteilen – vom Aktenvermerk zum qualifizierten Beobachtungskatalog. In: Deegener, Günther; Körner, Wilhelm (Hg): Kindesmisshandlung und Vernachlässigung. Ein Handbuch. Göttingen: Hogrefe. S. 485-510.

Kanthak, Thomas (2004): Kindeswohlgefährdung: Diagnostische Verfahren und Methoden. In: Zentralblatt für Jugendrecht, Heft 5/2004, S. 180 – 187.

Kindler, Heinz (2006a): Was ist unter Vernachlässigung zu verstehen? In: Kindler, Heinz; Lillig, Susanna u.a (Hg): Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst. Entwurfsfassung vom 3.3.2006. DJI Onlinepublikation. http://213.133.108.158/asd/ASD_Inhalt.htm#1.1

Kindler, Heinz (2006b): Was ist unter psychischer Misshandlung zu verstehen? In: Kindler, Heinz; Lillig, Susanna u.a (Hg): Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst. Entwurfsfassung vom 3.3.2006. DJI Onlinepublikation. http://213.133.108.158/asd/ASD_Inhalt.htm#1.1

Kindler, Heinz (2006c): Was ist unter physischer Misshandlung zu verstehen? In: Kindler, Heinz; Lillig, Susanna u.a (Hg): Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst. Entwurfsfassung vom 3.3.2006. DJI Onlinepublikation. http://213.133.108.158/asd/ASD_Inhalt.htm#1.1

Kindler, Heinz; Lillig, Susanna (2005): Der Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe unter besonderer Berücksichtigung von Gegenstand und Verfahren zur Risikoeinschätzung. Expertise für das Institut für Soziale Arbeit (ISA), Projekt „Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung“. München. www.kindesschutz.de.

Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung der Stadt Hamburg (2005): Dienstanweisung Schutz bei Kindeswohlgefährdung in der Fassung vom 1.10.2005.

Münder, Johannes; Mutke, Barbara; Schone, Reinhold (2000): Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz. Professionelles Handeln in Kindeswohlverfahren. Münster: Votum.

Reich, Wulfhild (2005): Erkennen – Bewerten – Handeln. Ein Diagnoseinstrument bei Kindeswohlgefährdung: Der Stuttgarter Kinderschutzbogen. In: Deegener, Günther; Körner, Wilhelm (Hg): Kindesmisshandlung und Vernachlässigung. Ein Handbuch. Göttingen: Hogrefe. S. 511-532.

Seithe, Mechthild (2004): Kindeswohlgefährdung zwischen Tatsache und sozialer Konstruktion. In: Die Kinderschutzzentren (Hg): Diagnose Kindeswohlgefährdung. Helfen unter Erfolgsdruck. Fachkongress Mainz 2004. S. 3-7. http://www.kinderschutz-zentren.org/pdf/doku_mainz04.pdf

Stadt Dormagen (Hg) (2001): Dormagener Qualitätskatalog der Jugendhilfe. Opladen: Leske und Budrich.

Stadt Frankfurt/M. (2005): Verfahrensstandards bei Verdacht auf akut schwerwiegende Gefährdung des Kindeswohls. Gewährleistung des staatlichen Wächteramtes. Frankfurter Richtlinie (FRL) zu § 1 SGB VIII.

Stadt Leipzig (2005): Schutz und Kontrollkonzept bei Kindeswohlgefährdung. Dienstanweisung des Jugendamtes Nr. 03/2005.

Stadt Mannheim (2004): Leitlinien für die fachliche Kooperation bei sexueller Gewalt gegen Mädchen und Jungen. Onlinepublikation: www.mannheim.de: Gesundheit, Jugend & Soziales: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie: Satzungen und Richtlinien.

Unterstaller, Adelheid: Was ist unter sexuellem Missbrauch zu verstehen? In: Kindler, Heinz; Lillig, Susanna u.a (Hg): Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst. <http://213.133.108.158/asd/6.htm>

Neue Bücher für die Praxis Veröffentlichungen der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung 2006

Bodo Reuser, Roman Nitsch, Andreas Hundsalz (Hrsg.)

Die Macht der Gefühle

Affekte und Emotionen im Prozess von Erziehungsberatung und Therapie

Gibt es unter den derzeitigen Sach- und Sparzwängen in einer von Technik bestimmten Welt keinen Raum mehr für Gefühle? Hindert der Zeitdruck daran, Gefühlen die notwendige Beachtung zu schenken? Gehen Kinder und Jugendliche, Mädchen und Jungen, heute anders mit ihren Gefühlen um? Wie und wo äußern sich deren Gefühle? Welchen Stellenwert haben Gefühle in der Beratungspraxis? Wie nutzt Beratung Gefühle als Instrumente ihrer Arbeit?

Der Band möchte einen Einblick in die Macht der Gefühle geben und deren Bedeutung sowie deren Handhabung in der Beratungsarbeit vertiefen. Insbesondere die Aspekte Zusammenspiel von Neurobiologie und Psychologie, Regulation der Eltern-Kind-Beziehung, geschlechtsspezifischer Umgang mit Gefühlen sowie Gefühle als Werkzeug in der Beratung sind dabei von Interesse.

In besonderer Weise richtet sich der Band an therapeutische und pädagogische Fachkräfte, er kann aber auch an Psychologie interessierten Laien neue Aspekte aus Forschung und Praxis vermitteln und damit zu einem veränderten Verständnis der Macht der Gefühle beitragen.

ISBN 3-7799-0768-2

Erscheint im Mai 2006 im Juventa-Verlag

Matthias Weber, Herbert Schilling (Hrsg.)

Eskalierte Elternkonflikte

Beratungsarbeit im Interesse des Kindes bei hoch strittigen Trennungen

Eskalierte Elternkonflikte beschäftigen in erheblichem Ausmaß Familiengerichte, Rechtsanwälte, Jugendämter, Beratungsstellen und andere Scheidungsbeteiligte. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die aus Anlass der Scheidung ihrer Eltern in der Erziehungs- und Familienberatung vorgestellt wurden, hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt. Die hoch strittigen Fälle darunter beanspruchen in einem unverhältnismäßig hohen Maß Arbeitskapazität und -kraft.

Der Band führt umfassend in die verschiedenen theoretischen und praktischen Aspekte der fachlich angemessenen Beratungsarbeit bei eskalierten Elternkonflikten ein. Insbesondere Modelle der Beteiligung betroffener Kinder werden vorgestellt. Ein weiterer Schwerpunkt sind Ausführungen zur Kooperation der scheidungsbegleitenden Institutionen sowie die notwendigen Veränderungen von Organisation, Praxis und Grundhaltung der Erziehungsberatung bei der Arbeit in hoch konflikthaften Trennungs- und Scheidungskontexten.

Die Prinzipien von Freiwilligkeit und Allparteilichkeit werden modifiziert, und für die Erziehungsberatung rückt das Wohl des Kindes weiter in den Mittelpunkt ihrer Fachlichkeit.

ISBN 3-7799-0769-0

Erscheint im Mai 2006 im Juventa-Verlag

Klaus Menne, Andreas Hundsalz (Hrsg.)

Jahrbuch für Erziehungsberatung – Band 6

Erziehungsberatung ist ein institutionelles Angebot für Kinder, Jugendliche und ihre Familien, in dem Beratungs- und Hilfeleistungen durch mehrere Fachkräfte unterschiedlicher Fachrichtungen erbracht werden. Neben Sozialpädagogen, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und Ärzten sind vor allem Psychologen in der Erziehungsberatung tätig. Das Jahrbuch für Erziehungsberatung will einen Beitrag dazu leisten, Erziehungsberatung als ein eigenes Fachgebiet zu verdeutlichen, das durch seine spezifische Integration unterschiedlicher methodischer Ansätze gekennzeichnet ist. Es gibt einen Überblick über Entwicklungen und aktuelle Fragestellungen im Fachgebiet und beschreibt Erziehungsberatung als eine Leistung der Jugendhilfe.

Der sechste Band spiegelt wie kaum einer seiner Vorgänger die gegenwärtige fachpolitische Situation der Erziehungs- und Familienberatung wider. Erziehungs- und Familienberatung übernimmt aktuell eine sehr aktive Rolle im Feld der Kinder- und Jugendhilfe. Die vielfältige Praxis der Institution wird in den Beiträgen des Bandes aus unterschiedlichen Perspektiven lebendig. Gegliedert in die Kapitel Konzepte, Erziehungs-kompetenz stärken und Studien wird deutlich, wie sich Erziehungs- und Familienberatung an den Bedürfnissen der Ratsuchenden ebenso ausrichtet, wie sie ihre Kooperationspartner vor Ort kompetent unterstützt. Die Beiträge spannen einen Bogen von differenzierten zielgruppenorientierten Beratungsansätzen über Kooperationsprojekte zur Stärkung der Erziehungs-kompetenz bis hin zu Untersuchungen, die Perspektiven für die zukünftige Entwicklung aufzeigen.

ISBN 3-7799-0486-1

Erscheint im Mai 2006 im Juventa-Verlag

Arme Familien gut beraten

Hilfe und Unterstützung für Kinder und Eltern

Im Rahmen des „Nationalen Aktionsplans zur Armutsbekämpfung“ der Bundesregierung hat die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung in den Jahren 2002 und 2003 ein Projekt „Armut und Erziehungsberatung“ durchgeführt.

Das Projekt war in drei Teile gegliedert. Zunächst wurde eine Erhebung an den Erziehungs- und Familienberatungsstellen durchgeführt, die Aufschluss über die soziodemographische Zusammensetzung der Rat suchenden Familien geben sollte und zugleich den praktischen Umgang der Einrichtungen mit Armutsbetroffenen erfasste. Auf der Basis dieser Rückmeldungen wurden zwei Workshops durchgeführt, in denen Fachkräfte der Erziehungsberatung ihre Erfahrungen bei der Beratung armer Familien berichten konnten und Konzepte und Praxisprojekte vorstellten. Die vorliegende Publikation bildete den dritten Projektteil. Sie ist aus den Workshops hervorgegangen und dokumentiert den konzeptionellen Zugang von Erziehungsberatung zur Armutsthematik sowie Projekte aus der Praxis.

Restexemplare kostenlos erhältlich bei:
Bundeskonferenz für Erziehungsberatung
Herrnstr. 53, 90763 Fürth
bke@bke.de

Online-Beratung

Die Nutzung des Internet ist für viele Familien selbstverständlich geworden. Sie nutzen das Medium daher auch wenn sie Rat und Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder und bei Problemen im familialen Zusammenleben brauchen.

Der Band stellt Erfahrungen und Ergebnisse eines zweijährigen Modellprojekts der *bke* zur Beratung im Internet dar. In diesem Rahmen hat die *bke* auf zwei getrennten WebSites für Jugendliche und für Eltern jeweils drei mögliche Leistungsformen erprobt: die E-Mail-Beratung, den Gruppenchat und das öffentliche Diskussionsforum. Dabei wurden auch Chat und Forum durch eine Beratungsfachkraft moderiert.

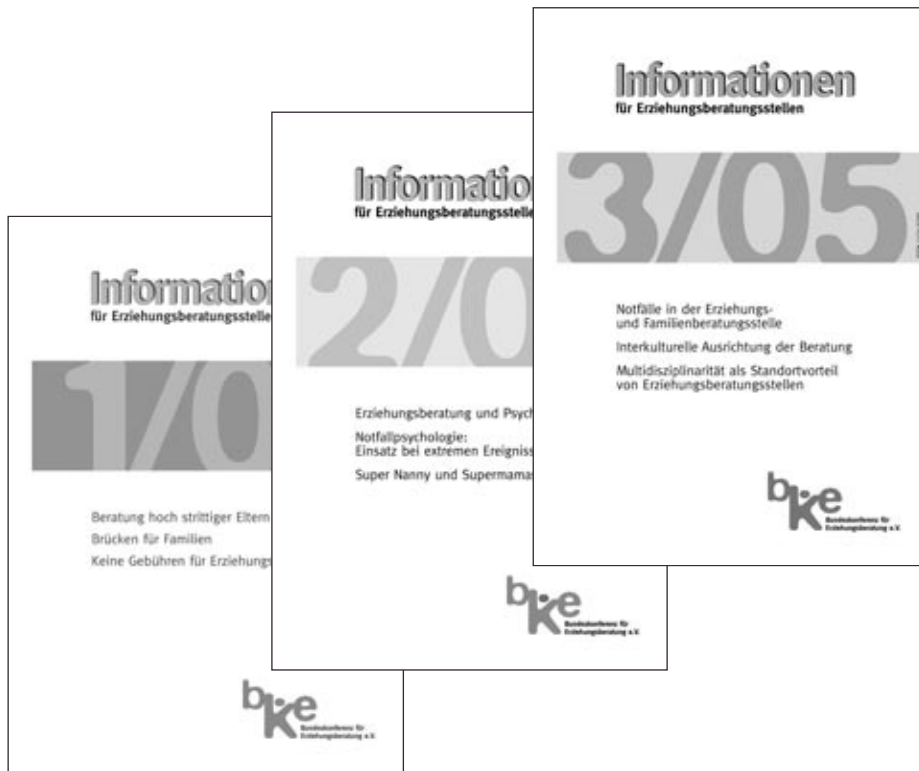
Die Online-Beratung hat durch ihre – gegenüber den örtlichen Einrichtungen – größeren Niederschwelligkeit eine neue Klientel erreichen können: Insbesondere Jugendliche suchen im Netz aktiv nach Unterstützung für ihre Probleme. Aber auch Eltern nehmen die Hilfe frühzeitiger an. Dadurch wird gleichsam eine Intervention in die Problemsituation hin möglich.

Die Autoren beschreiben die einzelnen Leistungsformen und gehen den Möglichkeiten und Grenzen der Online-Beratung nach.
164 Seiten; EUR 13,50; ISBN 3-9805923-5-9

Erhältlich bei:
Bundeskonferenz für Erziehungsberatung
Herrnstr. 53, 90763 Fürth,
bke@bke.de

Informationen für Erziehungsberatungsstellen

Die Zeitschrift der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V. (bke)



- bke-Stellungnahmen, bke-Konzepte und bke-Hinweise
- EB-Forum
- Autorenbeiträge und Dokumentationen aus der Erziehungs-, Familien- und Jugendberatung
- Forschungsergebnisse, Veranstaltungen und Veröffentlichungen

Im Abonnement EUR 13,- (inkl. Versandkosten). Drei Ausgaben pro Jahr.

Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe

Herausgegeben von Bundesanzeiger Verlag
Prof. Dr. Dr. hc. Reinhard Wiesner
Prof. Siegrid Willutzki
und der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V.

Die monatlich mit einem Umfang von 40 Seiten erscheinende Zeitschrift wendet sich an alle mit der Kinder- und Jugendhilfe sowie angrenzenden Bereichen befassten Fachkreise und versteht sich als interdisziplinär ausgerichtete Fachzeitschrift zum Kindschafts-, Jugend- und Familienrecht. Sie wendet sich u.a. an in diesem Bereich tätige Juristen, Psychologen, Therapeuten, Mediatoren, Verfahrenspfleger, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen.

Sie bietet praktische, verständliche Informationen zu diesen Themen, viele Aufsätze, einen zuverlässigen Überblick über die aktuelle Rechtsprechung, Fallbeispiele, Berichte aus der Praxis, aktuelle Hinweise und konkrete Hilfestellungen für den beruflichen Alltag.

Inhalt

Praktische, rechtliche, psychologische, pädagogische und sozialwissenschaftliche Aspekte folgender Themen:

- Jugendhilfrecht
- Kinderbetreuung
- Hilfen zur Erziehung
- Erziehungsberatung
- Heim- und Unterbringungsrecht / Pflegekinder
- Steuerung und Verfahren der Jugendhilfe
- Mediation
- Umgangsrecht
- Sorgerecht
- Unterhaltsrecht
- Beistandschaft
- Verfahrenspflegschaft
- Familiengerichtliches Verfahren

Ihre Vorteile

- Praxisnahe Informationen zum Kindschafts-, Jugend- und Familienrecht
- Arbeitshilfen und Fallbeispiele
- Verständliche Darstellung aktueller Entwicklungen



- Zuverlässiger Überblick über die aktuelle Rechtsprechung
- Interdisziplinäres Diskussionsforum
- Weiterführende Informationen und downloads im Internet

Für Mitglieder der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke) gilt gegen entsprechenden Nachweis ein Sonderpreis von 85,00 EUR zzgl. Versandkosten. Als Mitglieder gelten: die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaften für Erziehungsberatung sowie die von der bke in ihrem Verzeichnis geführten Erziehungs- und Familienberatungsstellen.

Richten Sie Ihre Bestellung bitte direkt an die **Bundeskonferenz für Erziehungsberatung**
Herrnstraße 53
90763 Fürth
Fax: 0911/ 74 54 97
E-Mail: bke@bke.de

Weiterbildung zum Erziehungs- und Familienberater (bke)



Zusatzqualifikation
nach § 28 SGB VIII